



Wahlauussage 1980 der CDU in Nordrhein-Westfalen

CDU  **Die Union**
für Nordrhein-Westfalen

NRW-5-11/11/80

Wahlauussage 1980 der CDU in Nordrhein-Westfalen

Verabschiedet von der Landesversammlung der CDU Nordrhein-Westfalen am 15. Dezember 1979 in Köln.

Am 11. Mai 1980 sind die Wähler im Lande Nordrhein-Westfalen aufgerufen zu entscheiden:

Zu entscheiden über die Zukunft unseres Landes.

Über die Qualität seiner Regierung und die Sicherung seiner Wohlfahrt;

über die Entwicklung seiner Schulen und Universitäten;
über den Schutz seiner Landschaft und die Vielfalt seiner Regionen;

über den Schutz und die Lebensfähigkeit seiner Familien und die soziale Geborgenheit derer, die wirklich Hilfe brauchen;
über die Freiheit seiner Bürger vor staatlicher Bevormundung und die Chancen der Jugend.

des
mf

Wir, die CDU Nordrhein-Westfalen, wollen diese Zukunft gestalten: Sicher, sozial, frei.

Wir wollen dem bevölkerungsreichsten Bundesland wieder eine Regierung geben, die diesen Namen verdient. Nicht Vetternwirtschaft und Pfändensicherung, nicht Koalitionsproporz und Mittelmäßigkeit, sondern Leistung und Können, Entschlossenheit und Handlungsbereitschaft sollen die Maßstäbe für die Arbeit der Landesregierung werden.

Nicht den Koalitionsinteressen in Düsseldorf oder Bonn, der Erhaltung der Macht um jeden Preis, sondern **der Wohlfahrt unseres Landes, seiner Bürger, seiner Kinder sind wir verpflichtet.**

Nordrhein-Westfalen muß die Stellung, den Einfluß, die Mitsprache in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa zurückerobern, die es einmal hatte und die ihm zu stehen. **Nordrhein-Westfalen**, das Land an Rhein und Ruhr, an Weser und Lippe, muß seinen **Spitzenplatz in der Bundesrepublik Deutschland wiedergewinnen.**

Wir haben uns auf diese Aufgabe vorbereitet: Durch unsere politische Arbeit im Landtag und in den Landesparteien der Union; durch die Geschlossenheit und Zusammenarbeit unserer politischen Führung unter Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf; durch die politischen Ziele, die wir erarbeitet, beraten und beschlossen haben.

Die Koalition ist zerstritten, weitgehend handlungsunfähig, abhängig von kleinen Minderheiten ohne Blick für das Ganze, von Gruppen, denen Ideologie wichtiger ist als der Mensch und seine Freiheit. Sie ist ständig vom Zerfall bedroht. So sehr ist sie mit der Erhaltung ihrer Macht beschäftigt, daß ihr weder Zeit noch Kraft bleiben, das Land zu regieren und seine politische Zukunft zu gestalten in der Bundesrepublik Deutschland und Europa.

Die Koalition der Verlierer ist gescheitert an dem Versuch, gegen die stärkste politische Kraft im Lande zu regieren. Ihre Zeit ist abgelaufen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist geschlossen und einig. Sie ist die politische Union aller Menschen, die einen Neubeginn, eine bessere Regierung und eine Politik wollen: der Freiheit, dem Schutz des Menschen, der wirklichen sozialen Sicherung des Schwächeren verpflichtet. Zu ihrer Führung zählen Männer und Frauen mit Können, Erfahrung und Wissen. Sie sind bereit, dem Land zu dienen. **Die Union in Nordrhein-Westfalen ist die bessere Alternative.** Ihr gehört die Zukunft.

Wir wollen **eine neue Politik für Nordrhein-Westfalen**. Nicht alles, was versäumt wurde, kann in fünf Jahren nachgeholt werden; nicht alles, was falsch oder fehlerhaft gemacht wurde, kann sofort geändert werden; nicht alles, was wünschenswert wäre, kann sofort verwirklicht werden.

Deshalb haben wir Schwerpunkte gesetzt: **Schwerpunkte für die 80er Jahre**.

Schwerpunkte, auf die wir unsere ganze Kraft richten wollen, die wir anpacken müssen, um unser Land, seine Chancen und damit seine freiheitliche Zukunft zu sichern.

Diese Zukunft **können wir nur alle gemeinsam gestalten**: Die politische Führung, die staatliche Verwaltung, die Bürger in Stadt und Land, die Frauen und Männer in den Betrieben, die Lehrer in den Schulen, die Eltern in den Familien.

Nicht Funktionäre, die nur fordern und alles versprechen; nicht Bürokraten, die alles besser wissen; nicht Politiker, die vor allem an sich selbst denken, sichern unsere Zukunft.

Wir gewinnen sie **nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller**.

Denn nur gemeinsam werden wir die Herausforderung von morgen meistern, die Chancen unseres Wissens und Könnens nutzen und die Freiheit schützen.

Diese Gemeinsamkeit wollen wir! Die Gemeinsamkeit der Bürger und ihrer Regierung, der Wähler und ihrer Abgeordneten, alle verpflichtet dem Wohl des ganzen Landes.

Schon einmal hat diese Gemeinsamkeit Nordrhein-Westfalen groß gemacht: In der Zeit des Aufbaues der Bundesrepublik Deutschland. Das Ergebnis war ein Kapital von Wohlstand und Ansehen, Leistungskraft unserer Wirtschaft und Qualität unserer Schulen und Universitäten, soziale Sicherheit und Stabilität.

SPD und FDP, eine Koalition der Unfähigkeit und Zerstrittenheit, haben dieses Kapital vertan.

Aber die Kraft des Landes, sein Reichtum, seine Vielfalt, der Erfindungsgeist und die Bereitschaft seiner Bürger, anzupacken und mitzutun, sind ungebrochen. Darauf bauen wir. Und damit werden wir die Zukunft meistern.

II.

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit der 80er Jahre sind:

1. Wir wollen eine bessere Regierung für Nordrhein-Westfalen.

Eine Regierung, die führen kann, die sich den Herausforderungen unserer Zeit stellt, die unser Land wieder nach vorne bringt. Die ihm Stimme und Einfluß sichert im Bund und in Europa. Die Schluß macht mit dem Mißbrauch unseres Landes als Hinterland der Bonner Koalition.

Wir wollen **eine Regierung, die dem Bürger dient**, nicht ihn bevormundet, die auf seine Initiative und Bereitschaft zur Verantwortung baut. Die nicht perfektionistisch regelt und vorschreibt, sondern den Mut zur Beschränkung und zur Lücke hat.

2. Wir werden die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken, ihre Produktivität entfalten helfen, sie von unnötiger Bevormundung, übermäßigen Belastungen und bürokratischen Hemmnissen befreien. So wollen wir die Voraussetzungen für **Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum** schaffen.

Wir vertrauen dabei auf die Kraft und Initiative freier Bürger und Unternehmen und auf die Verantwortung der Tarifparteien.

Wir wollen eine dauerhafte Energieversorgung sichern. Sie ist Grundlage unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes. Wir sehen darin unsere politische Aufgabe der kommenden Jahre und wichtigste **Existenzfrage unseres Landes**. Wir wollen unsere Umwelt lebenswert erhalten.

3. Wir werden unsere Schulen und Hochschulen wieder zu dem machen, was sie sein sollen: Stätten des Lernens und der Erziehung, des Lehrens und der Forschung, der Ausbildung und der Bildung freier Menschen.

In den Schulen und Universitäten unseres Landes entscheidet sich die Zukunft. Nur wenn die Jugend die Fähigkeiten erwirbt, die eine freiheitliche Demokratie von ihren Bürgern erwartet, nur wenn sie Berufe erlernt, in denen sie eine hochentwickelte Wirtschaft erhalten und fortführen kann, nur wenn sie die Chance erhält, sich selbst zu entfalten, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität mit dem Ganzen zu üben, haben wir alle die Chance, in Freiheit zu leben.

Schulen und Hochschulen sind unsere wichtigsten Investitionen. Sie sind kein Ort für ideologische Experimente, sozialistische Gleichmacherei und erschlichene Systemveränderung. Sie verbinden Gegenwart und Zukunft. Sie sind Treuhänder unserer Wertordnung, unserer Sprache, unserer Kultur und Geschichte. Diesem Auftrag müssen sie

wieder gerecht werden. Dafür brauchen wir verantwortungsvolle, dem Willen der Eltern und dem Auftrag der ganzen Gemeinschaft verpflichtete Lehrer und Erzieher.

4. Wir werden die Familie schützen und fördern, ihre Freiheit und Unabhängigkeit sichern und ihr den Platz im staatlichen Gemeinwesen zurückgeben, der ihr gebührt: Den Platz als Mittelpunkt menschlichen Lebens, als Ort der Geborgenheit, als Gemeinschaft der Generationen. Aufgabe des Staates ist es, die Familiengemeinschaft zu stärken, sie zu unterstützen. Was die Familie selbst leisten kann, gehört nicht in die Hand der öffentlichen Verwaltung. Wer der Familie die Möglichkeit nimmt, verantwortliche Gemeinschaft zu sein, nimmt ihr ihre Aufgaben und zerstört damit ihren Sinn. Die staatliche Ordnung soll die Familie tragen, nicht sie ersetzen. Familie, Nachbarschaft, Gemeinde und freie Träger sind wichtige Orte **solidarischer Gemeinsamkeit mit denen, die Hilfe brauchen. Wir wollen diese Gemeinschaften und ihren sozialen Auftrag stärken.**

Denen, die auf Hilfe und Solidarität wirklich angewiesen sind, wollen wir mit den Möglichkeiten des Landes helfen. Wir wollen unbürokratisch und wirksam zur **sozialen Geborgenheit derer beitragen, denen keine mächtigen Organisationen zur Seite stehen.**

Wir wollen Schluß machen mit dem Mißbrauch des sozialen Gedankens. Sozial heißt nicht: Den Staat als Selbstbedienungsladen mißbrauchen, die Solidarität der Gemeinschaft für egoistische Sonderinteressen ausbeuten, den Bürgern Sondervorteile versprechen, die sie dann doch selbst bezahlen müssen.

Sozial heißt nicht: ein Umverteilungskarussell in Gang halten, an dem letztlich nur die verdienen, die umverteilen.

Sozial heißt vielmehr: Solidarität und Hilfe denen erweisen, die sie wirklich brauchen.

Dieser wirklich soziale Auftrag des Staates muß wieder zu seinem Recht kommen. Nur so können wir eine Solidarität wiedergewinnen, bei der die Menschlichkeit nicht auf der Strecke bleibt.

5. Wir werden den öffentlichen Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen wieder in Ordnung bringen, seine Verschuldung begrenzen, die Ansprüche des Staates an die Bürger auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Wir werden dem Staat nur solche Aufgaben übertragen, die er auch erfüllen kann.

Solide Politik bedeutet solide Finanzen. Die Koalition hat Nordrhein-Westfalen in einem Umfang verschuldet, wie es noch vor wenigen Jahren unvorstellbar war.

Trotz steigender Einnahmen kann die Koalition die Kosten der staatlichen Aufgaben nicht aus den Einnahmen bezahlen. Sie hat den Staat mit Aufgaben überlastet. Das Land muß immer mehr Schulden machen, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben.

Dennoch werden uns immer neue Wohlthaten versprochen. Immer neue Gesetze werden gemacht, immer neue Aufgaben auf den Staat übertragen. Machtbehaltung, Wählerbetrug durch unerfüllbare Versprechen ist alles, was von der Regierung in Nordrhein-Westfalen übrig geblieben ist.

So verspielt die Koalition unser aller Zukunft durch eine Finanzpolitik, die jede Beziehung zur Seriosität, zum sozialen Auftrag und damit zur politischen Moral verloren hat.

Wir alle und unsere Kinder werden mit der Verschuldung des Landes die Rechnung bezahlen müssen, die uns diese Politik hinterlassen hat. Dieser Entwicklung werden wir ein Ende setzen.

6. Und wir werden den inneren Frieden und die innere Sicherheit wahren und gegen Rechtsbruch und Extremismus schützen. Der freiheitlich demokratische Rechtsstaat ist kein Naturzustand. Er ist ständiger Auftrag und das

Ergebnis dauerhaften Einsatzes für Recht und Freiheit. Ihn zu sichern ist Auftrag aller staatlicher Einrichtungen. Nur wer entschlossen ist, ihn gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen, kann auf Dauer in Freiheit leben.

III.

Wir wollen eine bessere Regierung für Nordrhein-Westfalen.

Die Qualität der Regierung wird gemessen an dem, was sie geleistet hat, an dem Ansehen, das sie genießt und das sie dem Lande verschaffen kann, und an dem Können derer, die Regierungämter innehaben.

Die Koalition hat die Spitzenstellung Nordrhein-Westfalen in der Bundesrepublik Deutschland verspielt. Das Gewicht des Landes in der Bundesrepublik Deutschland ist ständig zurückgegangen. Als es bei der Abschaffung der Lohnsummensteuer darum ging, die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zu vertreten, waren es nicht der Ministerpräsident und sein Kabinett, sondern die Oberbürgermeister des Reviers, die in Bonn ihre Stimme erhoben. Die Landesregierung hat in Bonn nichts zu sagen. Sie hat die Koalition zu sichern. So kommen Gewicht und Bedeutung des Landes nicht mehr zur Geltung. Auf Bundesebene spielt es keine Rolle mehr, seine politische und wirtschaftliche Stimme ist nirgends zu hören.

Schmidt und Genscher bestimmen, was die Koalition in Düsseldorf zu tun hat. Der Bundesvorsitzende der FDP besetzt Ministerposten und verteilt Pfründe in Nordrhein-Westfalen. Die Koalitionsregierung des Landes ist nicht mehr auf das Wohl des Landes, sondern auf das Wohl der Koalition in Bonn verpflichtet. Sie läßt sich von ihr aushalten. Rau will

nicht sich, sondern Schmidt in Nordrhein-Westfalen zur Wahl stellen. Unter ihm hat die Landesregierung ihre Selbstachtung und ihren Stolz verloren.

Und damit auch ihr Ansehen. Wenige Monate vor der Wahl mußte der Mann gehen, der neben dem Ministerpräsidenten das wichtigste Ressort verwaltete und sein Stellvertreter war. Über seine Nachfolge wurde nicht in Düsseldorf, sondern in Bonn entschieden. Der Ministerpräsident selbst kann sich weder im eigenen Kabinett durchsetzen, noch wirkliche Entscheidungen treffen. Aus der Führungsverantwortung des Regierungschefs flieht er in dauerndes Gremienpalaver, das keine Antworten bringt, zu nichts führt und die Verantwortlichkeiten verwischt. Die Vertretung des Landes in Bonn hat weder Autorität noch Gewicht. In knapp zwei Jahren mußten zahlreiche Minister gehen: Halstenberg als Finanzminister, Deneke als Landwirtschaftsminister und Riemer als Wirtschaftsminister. Selbst Heinz Kühn wurde zum Rücktritt gezwungen.

1. Unser Ziel ist es, die besten Männer und Frauen für die Regierung in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Nicht Koalitionsgerangel und Gruppenproportz, sondern Leistung und Können, Wissen und Erfahrung werden unsere Maßstäbe sein. Die Bürger in Nordrhein-Westfalen müssen stolz sein können auf ihr Land und diejenigen, die sie mit ihrer Führung beauftragt haben.

Unsere Regierung soll angesehen sein. Nicht nur im eigenen Lande, sondern überall dort, wo die Interessen unseres Landes vertreten werden müssen. Ihre Stimme muß Gewicht haben und Autorität genießen. Man soll auf sie hören, wenn immer es um Fragen geht, die unser Land berühren. Nordrhein-Westfalen ist nicht das Hinterland der Bonner Koalition. Es ist das wichtigste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Es ist eines der größeren Länder

in Europa. Es hat Anspruch auf eine Regierung, die der Bedeutung des Landes entspricht.

Unsere Regierung wird handlungsfähig sein: Ungehinder durch Koalitionsstreit, durch Mißtrauen und Rivalitäten, durch Angst vor kleinen Minderheiten und ideologischen Scharfmachern wird sie sich den Aufgaben von heute und den Herausforderungen von morgen stellen. Sie wird getragen werden von einer Partei, die geschlossen ist, einig und handlungsfähig. Sie wird die notwendigen Entscheidungen treffen und durchsetzen. So wollen wir unser Land wieder nach vorne bringen.

2. Wir wollen besser regieren: Das heißt: **Nicht alles regeln und reglementieren**, sondern den Mut zur Lücke haben. **Nicht alles selber machen**, sondern die Entscheidungen dort lassen, wo sie lebensnah getroffen werden können. Sich beschränken auf das wirklich Notwendige und Unabwiesbare. Auch für den Staat gilt der Grundsatz: In der Begrenzung zeigt sich erst der Meister.

Besser regieren heißt deshalb, auch den Teufelskreis sinnloser Betriebsamkeit zu durchbrechen und damit die Kraft zu finden, Mut zu machen, zu motivieren, wirklich Neues zu denken und so die Zukunft zu meistern.

3. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Fehler der Vergangenheit überwinden und neue Wege gehen.

Wir werden Gesetze, Verordnungen und Erlasse auf das beschränken, was wirklich notwendig ist. Das vorhandene Landesrecht werden wir durch **Rechtsbereinigung vereinfachen**. Überholtes werden wir abbauen. Verordnungen, die sich überlebt, Erlasse, die sich erledigt haben, werden wir aufheben.

So wollen wir **der Gesetzgebung des Landes die Autorität zurückgewinnen**, ohne die freiheitliche Demokratie nicht leben kann. Wer alles regelt, regelt nichts mehr wirksam. Solche Gesetze werden nicht mehr zur Kenntnis und damit

nicht mehr ernst genommen. Sie nützen nichts, sie stiften Schaden. Sie bedrohen letztlich unsere Freiheit.

Wir werden **die ständig weiter um sich greifende Bürokratisierung beenden**. Vor dreißig Jahren haben wir ein zerstörtes Land mit einem Bruchteil an Verwaltung und Regelung wieder aufgebaut. Es gibt keine Regel, wonach mit wachsendem Wohlstand auch Reglementierung und Bürokratie wachsen müßten. Das Gegenteil ist richtig. Die Menschen sind in der Lage, eigenverantwortlich zu handeln. Sie haben ein Recht darauf, diese Fähigkeit zu nutzen.

Wir werden **die Regierung und ihre Behörden und Einrichtungen nicht weiter vergrößern, sondern ihre Arbeit wirkssamer und wirtschaftlicher gestalten**. Seit Bildung der Koalition im Jahre 1966 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Landesregierung von 2.877 auf 4.113 erhöht.

Nicht unabänderliche Zwänge, sondern die ständige Ausdehnung des Staates, seiner Zuständigkeiten, seines Regelungsanspruches, seiner Gesetze und Verordnungen machen unser Leben immer komplizierter und unübersichtlicher. Und produzieren damit neue Forderungen nach weiterer staatlicher Regelung, nach neuen Ämtern und Behörden, nach weiteren Mitarbeitern im öffentlichen Dienst.

Der staatliche Bereich darf nicht zum Naturschutzwald überholter Besitzstände und erledigter Aufgaben werden. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß sich auch der staatliche Bereich veränderten Bedingungen anpaßt. Überholtes beendet und Raum für neue Aufgaben schafft.

Wir werden **die öffentliche Verwaltung so gestalten, daß bürgernah entschieden wird**. Verwaltung und Bürger sollen miteinander arbeiten und nicht gegeneinander.

Dazu gehört der Mut zur Delegation von Entscheidungen auf untere Ebenen. Dazu gehört der Verzicht auf Gängelung und Reglementierung innerhalb der Verwaltung.

Wir werden **die Tendenz zu immer weiterer Zentralisierung stoppen und die örtlichen Verwaltungen stärken**.

Wir werden **die Selbstverwaltung der Städte, Kreise und Gemeinden stärken** und damit die Freiheit unserer Bürger sichern.

Städte, Kreise und Gemeinden sind mit ihren Leistungen dem Bürger besonders nah. Deshalb werden wir ihre materielle Leistungskraft aus eigenen Einnahmequellen sichern, z. B. durch die Grund- und Gewerbesteuer. Durch eine konsequente Funktionalreform werden wir die sachlichen Zuständigkeiten der Gemeinden vermehren. Damit vermindern wir zugleich administrative Gängelung. Alle Landesentwicklungspläne werden wir daraufhin überprüfen, ob ihre Methoden und Regelungen für die Landesentwicklung wirklich notwendig sind. Den kommunalen Finanzausgleich werden wir neu ordnen und verbessern. Dabei sollen die Gemeinden die nötigen Mittel zur freien eigenen Verfügung und sachlichen Festlegung selbstgewählter Schwerpunkte erhalten. Als erstes Ziel werden wir eine Regelung anstreben, die zwischen allgemeinen Schlüsselzuweisungen und zweckgebundenen Zuweisungen ein Verhältnis von 80 zu 20 festlegt. Die Investitionspauschale werden wir ausbauen. Die Kraftfahrzeugsteuer-Pauschale werden wir von 30 auf 35% des Kraftfahrzeugsteueraufkommens erhöhen. Die Auftragskostenpauschale werden wir den tatsächlichen Kosten angleichen.

Wir werden **die Unzahl der Beiräte, Kommissionen, Kuratorien, Konferenzen und Gremien verringern**. Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger werden zu Leerformeln, wenn sein Recht, mitzubestimmen, an der Fülle der Gremien scheitert. Was als demokratisches Recht des Bürgers und als Entscheidungshilfe für die Verwaltung gedacht war, entwickelt sich so zum Betätigungsfeld derjenigen, die die Bevölkerung nicht repräsentieren. Und es beschränkt die

Entscheidungsbefugnisse der Gremien, die von der Bevölkerung unmittelbar gewählt sind.

Deren Zuständigkeit muß wieder voll zur Geltung kommen. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, daß diejenigen entscheiden, die er durch seine Wahl beauftragt hat. Er muß sich darauf verlassen können, daß die Verwaltung funktioniert. Er muß das Vertrauen darin haben, daß richtig und schnell entschieden wird.

Wir werden staatliche Aufgaben dort abbauen, wo sie auf andere Weise ebenso gelöst werden können. Nicht alles, was der Staat heute erledigt, erledigt er am besten. Vieles kann im außerstaatlichen Bereich freiheitlicher und kostengünstiger bewältigt werden. Freie Träger, unternehmerische Leistungsfähigkeit, die Initiative der Bürger sind vielfach die bessere Alternative zu staatlichem Handeln und staatlicher Verwaltung.

IV.

Wir wollen die Leistungskraft unserer Wirtschaft stärken.

Nach dem Kriege war Nordrhein-Westfalen Motor des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Seine Bergwerke lieferten die Energie, seine Hochofen den Stahl, seine Fabriken die Maschinen und industriellen Anlagen. Unser Land trug einen wesentlichen Teil der Verantwortung für Fortschritt und wachsenden Wohlstand im freien Teil Deutschlands.

Heute, nach gut 13 Jahren Koalitionsregierung, hat Nordrhein-Westfalen seine wirtschaftliche Führungsrolle verloren. Vor allem im Ruhrgebiet ist die wirtschaftliche Entwicklung hinter der anderer Industrieregionen zurückgeblieben. Unser Land droht den Anschluß an die tief-

greifenden strukturellen Veränderungen der Wirtschaft im ausgehenden 20. Jahrhundert zu verlieren.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist zur Zeit stabil. Anders als 1975 leiden wir nicht unter den Folgen einer Rezession. In anderen Bundesländern herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Sie haben die Probleme des Wandels zu neuen Technologien bewältigt. In Nordrhein-Westfalen ist dies bis heute nicht gelungen. Neue Aufschwungsparolen können darüber nicht hinwegtäuschen.

Nirgends ist die Notwendigkeit des politischen Wechsels deutlicher als im Bereich der Wirtschaft. Die Koalition ist den Herausforderungen unserer Zeit nicht gewachsen. Statt Investitionen zu ermutigen und zu erleichtern, werden der Wirtschaft immer neue Hindernisse in den Weg gelegt: Politische Unsicherheit, fehlende Klarheit der Gesetzgebung im Bereich neuer Technologien, wachsende Konzentration und die Entmutigung aller, die sich für die Selbständigkeit entscheiden.

1. Wir, die Union in Nordrhein-Westfalen, wollen durch eine neue Wirtschaftspolitik dem Land seine Spitzenstellung zurückgewinnen. In der Ermutigung der Leistungsbereitschaft, des Unternehmergeistes, der Phantasie, des Wagemutes der Bürger sehen wir die Quellen unseres zukünftigen Wohlstandes. Die Bürger des Landes selbst, Handel und Handwerk, Selbständige und Mittelstand, Facharbeiter und Meister, Angestellte und Beamte, Unternehmer und Verwaltungen sind es, die über ihren und unser aller Wohlstand entscheiden. Sie zu ermutigen, ihre Leistungen anzuerkennen, ihnen verlässliche Grundlagen für ihre Arbeit zu geben: Das sind die eigentlichen Aufgaben wirtschaftspolitischer Führung.

Das Subventionswesen werden wir beenden. Staatliche Hilfen werden wir nur auf Zeit und zu bestimmten eng umschriebenen Zwecken dort gewähren, wo überragende

öffentliche Interessen es erfordern. Den jetzt bestehenden Förderwirrwarr werden wir beseitigen. Wir werden dazu beitragen, daß sich **die Last der Abgaben** und Steuern, die Betriebe und Unternehmen zu tragen haben, **nicht weiter erhöht**. Wer bereit ist, sein Vermögen einzusetzen, um Arbeitsplätze zu schaffen, soll dafür nicht bestraft werden.

Die Gründung selbständiger Existenzen werden wir wirksam und unbürokratisch fördern.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, daß die Wettbewerbsordnung gestärkt und **der weiteren Konzentration** in der Wirtschaft **entgegengetreten** wird. Dabei müssen auch diejenigen Ursachen der Konzentration abgebaut werden, die im staatlichen Einflußbereich liegen.

Der Schutz des Wettbewerbs vor Konzentration bleibt sinnlos, wenn der Staat die Konzentration prämiert und fördert.

2. Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen sind **eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur** und die **Lösung der besonderen strukturellen Probleme des Ruhrgebietes**. Das eine steht nicht im Widerspruch zum anderen. Beides ist möglich und notwendig. Wenn die Menschen in allen Teilen des Landes vergleichbare Lebenschancen haben sollen, muß auch die wirtschaftliche Struktur ausgewogen sein. Umgekehrt liegt eine wirtschaftliche Gesundung des Ruhrgebietes nicht nur im Interesse des Reviers selbst, sondern im Interesse des ganzen Landes. Ein gesundes Revier bedeutet eine gesunde und leistungsfähige Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wirtschafts- und Strukturpolitik der CDU wird auch in den anderen strukturschwachen Räumen des Landes, insbesondere in ländlichen Gebieten, für die nötigen Maßnahmen der Entwicklung und Sanierung sorgen. Dem dienen die regionalen Wirtschaftsförderungsprogramme für

Teilräume des Landes, welche frühere programmatische Aussagen und parlamentarische Initiativen der CDU fortsetzen.

Wir treten für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Deswegen ist unsere Politik auf den gleichberechtigten Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leistungsfähigkeit der ländlichen Gebiete unseres Landes gerichtet. In diesem Gesamtzusammenhang sind die speziellen Initiativen für das Ruhrrevier zu sehen.

Es ist nicht die Schuld der Menschen, die im Revier leben, daß trotz des Fleißes der Bevölkerung, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten ein wirtschaftlicher Neubeginn im Revier bisher nicht stattgefunden hat. Nicht die fehlende Bereitschaft der Bürger des Reviers ist Grund für die Stagnation, sondern die Unfähigkeit der Koalition. Nicht die Folgen einer industriellen Monostruktur, sondern die „politische Monostruktur“ des Reviers, mit ihrer Mittelmäßigkeit, mit ihrer Vetternwirtschaft und ihrer Ideenarmut haben die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Industrielandchaft behindert. Die Verfilzung zwischen Kommunalpolitik, städtischen Betrieben, Wohnungswirtschaft, Grundstücks- und Ansiedlungspolitik, betrieblichen Einrichtungen und Sozialdemokraten mit gewerkschaftlichen Funktionen bilden ein Kartell der Unbeweglichkeit, das jede wirkliche Neuerung ablehnt. Es lähmt seit langem die Entwicklung des Ruhrgebiets: Die zur Verbesserung der Lebensbedingungen nötige Entflechtung von Wohn- und Industriegebieten wurde nie systematisch in Angriff genommen; die Ansiedlung neuer Betriebe wurde zu spät forciert; jahrelang konnte der ehemalige Ministerpräsident Kühn die Region mit Almosen statt mit einem umfassenden Förderungskonzept abfinden. Jahrelang konnte die Koalition die strukturellen Probleme leugnen und verniedlichen.

Erst die entschiedene Aufklärungsarbeit der Union in Nordrhein-Westfalen, erst unsere Ruhrgebietskonferenzen haben die Koalition gezwungen, sich den neuen Aufgaben zu stellen.

Den Herausforderungen ist sie jedoch nicht gewachsen. Ihr Programm ist im Ansatz verfehlt. Es kuriert primär an Symptomen. Es ist nicht geeignet, das Entwicklungspotential des Ruhrgebiets zu mobilisieren. Es verfolgt eine wahlpolitisch motivierte Subventionspolitik, die mit Milliardenbeträgen die eigenen Kräfte des Reviers eher schwächt und zwangsläufig den Widerstand anderer Regionen und anderer Bundesländer hervorrufen muß. Es ist ungeeignet, den Nutzen einer wirksamen Ruhrgebietspolitik für die ganze Bundesrepublik deutlich zu machen.

Erfolg hat eine **Politik für das Revier** nur dann: Wenn sie **ziel- und ursachengerecht gestaltet** und deshalb nicht verschwenderisch ist. Die Probleme sind nicht in erster Linie mit zusätzlichen öffentlichen Geldern zu lösen. Sie sind vorwiegend durch administrative Hindernisse, regionale Bürokratien und ihre Verfilzung, unkalkulierbare Rechtsunsicherheit und unrealistische Normen, also durch schlechte, unsachgemäße Politik entstanden.

Wenn sie die **Stellung des Ruhrgebiets** in der **internationalen Arbeitsteilung** berücksichtigt.

Als Standort des größten gewerblich/industriellen Gebietes in NRW nimmt das Ruhrgebiet in der Erstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung die Werkstatt- und Fabrikationsaufgabe wahr. Seine Leistungen sind die Grundlage der verwaltenden, verteilenden und umverteilenden Aufgaben der Dienstleistungszentren. Diese sind vom Wohlergehen des Reviers existentiell abhängig. Dieser Zusammenhang muß bei den Leistungen innerhalb des Reviers ebenso berücksichtigt werden wie im Leistungsvergleich mit anderen Regionen.

Wenn sie die **Schubkraft marktwirtschaftlicher Prozesse ausnutzt** und deshalb wirksam und wirtschaftlich ist.

Nicht staatliche Planung, sondern allein marktwirtschaftliche Initiative kann die Auffächerung und Diversifikation der Produktion im Revier hervorbringen, die notwendig ist, um seine Konjunkturansfälligkeit zu verringern und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze zu erhöhen.

Wenn sie die **Entstehung neuer und den Ausbau bestehender Klein- und Mittelbetriebe** im Revier besonders ermutigt.

Nur so können die nachteiligen Folgen einer vertikalen Konzentration der Produktion abgebaut und schließlich überwunden werden, die die Entwicklung des Reviers ein Jahrhundert lang beherrscht und zu einem Verlust an eigenverantwortlicher unternehmerischer Betätigung und Dynamik geführt hat.

Wenn sie die **Verbesserung der Lebens- und Wohnumwelt** der Bevölkerung des Reviers als gleichwertige strategische Aufgabe neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen anerkennt und fördert. Dies gilt sowohl für den Wohnungsbau wie für die Stadtsanierung, vor allem aber auch für die Bildung von Wohnungseigentum.

3. Jeder Versuch einer Lösung der Ruhrgebietsfrage bleibt aussichtslos, Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum bleiben unerreichbar, wenn es nicht gelingt, die Grundlage unserer Wirtschaft, **ihre Versorgung mit Energie zu sichern**.

Die Sicherung der Energieversorgung, der Abbau der Abhängigkeit vom Öl, **ist zur politischen Überlebensfrage geworden:** für das Revier, für Nordrhein-Westfalen, für die Bundesrepublik Deutschland. Das ausländische Öl durch inländische Energien zu ersetzen: Darin liegt die größte Herausforderung unserer Zeit. Dies ist die Meinung der Bundesregierung, dies ist auch die Überzeugung der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Die Antwort auf diese Herausforderung ist der **Verbund von Kohle und Kernenergie**. Beides: Die heimische **Kohle** und die **Kernenergie** sind für die Zukunft des Reviers, für die Sicherheit der Energieversorgung und für die Erhaltung unseres Wohlstandes **unverzichtbar**. Wir können auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichten. „Der weitere Ausbau der Kernenergie ist notwendig und ... aufgrund des erreichten hohen Sicherheitsstandards auch vertretbar.“ (Graf Lambsdorff, Wirtschaftsminister, am 28. 11. 1979 im Deutschen Bundestag)

Wir brauchen jede Tonne Kohle, die wir fördern können. Der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch ist knapp 20%, der des Mineralöls rund 50%. Wir werden deshalb die Steigerung der Kohleförderung unterstützen. Maßnahmen, die dieser Aufgabe dienen, haben Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates.

Mit dem Ausbau der Kohleförderung übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen die Aufgabe, Versorgungssicherheit zu produzieren. Die Rolle des Produzenten von Versorgungssicherheit ist keineswegs ein Privileg. Sie ist eine Last vor allem für das Revier. Sie begrenzt die Entwicklungschancen des Reviers in anderen Bereichen und schafft neue Entwicklungsrisiken für den Fall, daß in Zukunft neue Technologien - wie die Kernfusion - die zentrale Bedeutung der Kohle in Frage stellen sollten. Diese Risiken müssen beim interregionalen Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Aber wir können die heimische Kohle auf Dauer nicht nur verbrennen. Wir müssen sie auch veredeln. Kohlevergasung und Kohleverflüssigung sind technologische Aufgaben, die vor allem dem Revier gestellt sind. Ohne Kernkraft, ohne den Hochtemperaturreaktor sind sie nicht zu lösen. **Die Kohle braucht die Kernkraft.**

Nur der kann deshalb unsere Energieversorgung sichern, der den Verbund von Kohle und Kernkraft sichert. Das

energiepolitische Programm der Bundesregierung will diesen Verbund. Die Union unterstützt dieses energiepolitische Programm. Die Koalition in Düsseldorf lehnt es ab.

Die SPD will keine Kernkraft in Nordrhein-Westfalen. Sie hält weitere Kernkraftwerke für überflüssig. Sie gefährdet damit die Sicherheit der Energieversorgung. Sie bedroht mit ihrer Politik Vollbeschäftigung und wirtschaftlichen Wohlstand. Sie behindert die Entwicklungschancen des Reviers. Denn die Zukunft des Reviers liegt in den neuen Technologien.

Wir, die CDU in Nordrhein-Westfalen, werden den Verbund von Kohle und Kernenergie verwirklichen. Wir werden die neuen Technologien annehmen: Als Herausforderung und Chance, als Auftrag des Reviers und des Landes Nordrhein-Westfalen. Als eine Aufgabe, die dem Revier, seiner Entwicklung, seiner industriellen Ausstattung entspricht: **Das Ruhrgebiet muß die Kraftwerksschmiede Europas werden**. Dort muß der Verbund von Kohle und Kernkraft nicht nur entwickelt und angewendet, von dort muß er auch in alle Welt exportiert werden.

Neue Arbeitsplätze werden entstehen, Forscher und Wissenschaftler, Spezialisten und Fachleute werden sich engagieren, die Schreibtische in den Verwaltungen und technischen Büros werden dahin zurückkehren, von wo sie in den letzten Jahren abgewandert sind. Mittelständische Betriebe im Bereich des Maschinenbaus, der Veredlung, der Elektrotechnik, der Kraftwerkstechnologie werden entstehen und sich vergrößern. Das Kapital wird bereit sein, die neuen Technologien zu finanzieren. Das Ruhrgebiet wird den Anschluß an die Zukunft gewinnen.

Der Verzicht auf den Bau weiterer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik dagegen würde nicht nur in der deutschen Nuklearindustrie direkt viele hochspezialisierte Arbeitsplätze und damit einen wesentlichen Teil unserer inter-

national renommierten Spurzentechnologie vernichten. Er würde indirekt noch viel weitergehende Wirkungen haben. Letztlich wäre er „ein Beitrag zum Abschied vom Industriestaat“ (Graf Lambsdorff am 28. 11. 1979 im Deutschen Bundestag).

Neue Technologien, das bedeutet sichere Technologien!
Für uns gibt es keine Abwägung zwischen wirtschaftlichem Vorteil und der Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt. Aber es gibt Abwägungen zwischen Risiken, die mit jeder Technologie, auch der Kohletechnologie, verbunden sind, und den Gefahren der Arbeitslosigkeit, des sozialen Unfriedens und der Gefährdung der inneren Sicherheit. Und es gibt für uns Abwägungen zwischen den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und den Lebensinteressen der nicht Öl produzierenden Entwicklungsländer. Sie werden von den Ölpreiserhöhungen am stärksten betroffen. Auch deshalb müssen die Industrieländer ihre technischen Möglichkeiten nutzen, um den Entwicklungsländern den Zugang zum Öl zu erhalten oder zu erleichtern.

Nur wer diese Abwägung wirklich vornimmt: Die Abwägung zwischen der Sicherheit der Menschen, dem Schutz der eigenen Umwelt, der Sicherung unserer Wirtschaftskraft, der Gewährleistung von Vollbeschäftigung und wirtschaftlichem Wachstum, den existentiellen Interessen der Entwicklungsländer einerseits und den Folgen eines Verzichts auf neue Technologien andererseits; nur der kann für sich in Anspruch nehmen, verantwortungsvolle Politik für die Zukunft zu gestalten. Wir werden uns dieser Verantwortung stellen.

In den Schulen und Universitäten unseres Landes entscheidet sich unsere Zukunft.

Als die Koalition von SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen die Regierung übernahm, war das Land in der Bildungspolitik führend. Seine Schulen waren intakt, neue Universitäten wurden gegründet.

Heute sind die Schulen des Landes durch sozialistische Gleichmacherei, durch ideologische Experimente und durch ständige Eingriffe und Veränderungen bedroht. Hauptschule, Realschule und Gymnasium sollen durch unzulängliche Einheitsschulen ersetzt werden. Eine wachsende Kluft zwischen der Ausbildung und dem späteren Berufsleben gefährdet die Zukunftschancen vor allem der Hauptschüler.

An den Pädagogischen Hochschulen werden Lehrer für ein Schulsystem ausgebildet, das die Bürger nicht wollen, und das sie durch ein Volksbegehr verworfen haben. Die eigentlichen Aufgaben der Schule, solide Grundlagen für das Leben zu schaffen, die unterschiedlichen Begabungen der Kinder zu fördern, demokratische Fähigkeiten und Tugenden zu lehren, Geschichte und Kultur unseres Landes lebendig zu erhalten, werden vernachlässigt.

Bürokratischer Zentralismus bevormundet die Lehrer und nimmt ihnen die Freude an ihrer pädagogischen Aufgabe. Ideologisierung der Schulbücher und politischer Mißbrauch des Unterrichts tragen Unfrieden und Spannungen in die Schule und zwischen Schule und Eltern. Die Schule unterstützt häufig nicht mehr den Erziehungsauftrag der Eltern, sondern trennt sie oft von ihren Kindern. Ganze Generationen junger Menschen werden um ihre Zukunftschancen betrogen, wenn sie für die Zukunft schlecht ausgebildet werden.

Dauernde Eingriffe und Veränderungen im Hochschul-

bereich haben zu Unfried zwischen den Hochschulen des Landes und der Koalitionsregierung geführt. Streitereien um Organisationsformen belasten Forschung und Lehre. Nicht vertrauensvolle Zusammenarbeit, sondern Gerichtsverfahren, Proteste und der Versuch der Unterdrückung der Autonomie der Hochschulen durch bürokratische Bevormundung kennzeichnen das Verhältnis der Koalition zu den Hochschulen des Landes. Wo gemeinsam die Grundlagen für Wohlstand und Sicherheit, für wissenschaftlichen Fortschritt und die Bewältigung des Wandels, für die Gestaltung unserer aller Zukunft gelegt werden sollten, herrscht Mißtrauen und Spannung.

Nirgends werden die Folgen einer Politik, die Ideologie und sozialistische Utopien zum Kompaß ihres Handelns gemacht hat, deutlicher als in der Bildungspolitik der Koalition in Nordrhein-Westfalen.

Wir, die CDU Nordrhein-Westfalen, wissen: In Schulen und Hochschulen legen wir die Grundlagen für Freiheit, Wohlstand, soziale Sicherheit und inneren Frieden in den kommenden Jahrzehnten. Verfehlte Investitionen in Maschinen und Anlagen lassen sich verkraften. Ihre Folgen lassen sich überwinden. Die Schäden, die eine verfehlte Bildungspolitik hinterläßt, sind kaum zu beseitigen. Nirgends wiegt die politische Verantwortung deshalb schwerer als im Bereich der Bildungspolitik. Wir wollen, daß das Land Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung gerecht werden kann.

1. Wir werden den Schulen unseres Landes wieder die Ruhe und Beständigkeit sichern, die sie brauchen, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Erziehung und Unterricht sollen sich wieder an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausrichten. Unsere Schulen müssen wieder lebensnahe Schulen werden.

Unterricht und Erziehung junger Menschen, in enger

Verbindung mit dem Elternhaus, ist die Aufgabe der Schule. Grundlage ihres Erziehungsauftrages sind die Normen unserer Verfassung und die Grundwerte, auf denen sie beruhen: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Der Vielfalt der Begabungen, Interessen und Leistungsmöglichkeiten junger Menschen muß ein breit gefächertes System an Ausbildungswegen entsprechen. Deshalb garantieren wir die gegliederte Schule. Den Rückgang der Schülerzahlen werden wir nutzen, um die Klassen kleiner und die Schulen überschaubarer zu gestalten. Kleinere Schulen werden wir nicht schließen.

Nicht wie die Schule organisiert ist, sondern was in ihr unterrichtet wird, entscheidet über die Zukunft unserer Kinder und ihre Fähigkeit in einer freien Gesellschaft zu leben und Verantwortung zu tragen. Unsere Kinder sollen in der Schule wieder gründlich Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Sie sollen ihre Muttersprache beherrschen und Geschichte, vor allem die ihres Volkes, kennen. Nur wer weiß, woher wir kommen, kann mitbestimmen, wohin wir gehen.

Wir werden das bewährte Schulsystem von Grund- und Hauptschule, von Real- und Sonderschulen, von Gymnasien und beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen garantieren und damit dem Auftrag der Landesverfassung entsprechen. Für unterschiedliche Begabungen, für die Bildungs- und Berufswünsche der jungen Menschen müssen viele Wege offen stehen. Nach der Grundschule werden die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium als überschaubare, gleichrangige, auf unterschiedliche Ziele ausgerichtete Schulformen diesem Bedürfnis am besten gerecht. Dieses gegliederte Schulsystem muß aufeinander bezogen und damit durchlässig sein.

Die Gesamtschule hat bisher schlechtere Leistungen erbracht. Sie ist nicht serientauglich. Wir lehnen sie als

Regelschule ab. Bestehende Gesamtschulen werden wir mit verbessertem Programm als Versuch weiterführen. Die Bevorzugung der Gesamtschule und die Diskriminierung des gegliederten Schulsystems werden wir beseitigen.

Manche Eltern schicken ihr Kind zur Gesamtschule, weil nur diese als Ganztagschule geführt wird. Wir werden die Ganztagschulen auch im gegliederten Schulsystem, insbesondere an Hauptschulen, dort anbieten, wo die Eltern dies wünschen.

Wir werden unsere ganze Kraft auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hauptschule richten. Der Unterricht soll attraktiver werden, die Verbindung mit der beruflichen Bildung und die Ausstattung der Gebäude und Einrichtungen werden wir verbessern. Immer mehr Kinder unserer ausländischen Mitbürger besuchen unsere Schulen. Mit einem Bündel von Maßnahmen wollen wir dazu beitragen, auch ihre Ausbildungschancen zu sichern. Die Folgen der Entscheidung ihrer Eltern, in unserem Land zu leben, dürfen nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

Das gegliederte Schulwesen braucht Lehrer, die auf die unterschiedlichen Anforderungen vorbereitet sind. Deshalb werden wir die Ausbildung zum Stufenlehrer abschaffen und die Lehrer für die Aufgaben eines gegliederten Schulsystems ausbilden. All denen, die schon eine Ausbildung als Stufenlehrer erhalten haben, werden wir den Übergang in die Tätigkeit im gegliederten Schulsystem erleichtern.

Wir sind gegen eine Verlängerung der Ausbildungszeit in der allgemeinbildenden Schule. Deshalb werden wir das zehnte allgemeinbildende Pflichtschuljahr wieder abschaffen. Die jungen Menschen sollen selbst entscheiden können, ob sie länger die Schule besuchen und entsprechende Abschlüsse anstreben oder nach dem neunten Schuljahr mit der Berufsausbildung beginnen.

Die betriebliche Berufsausbildung in den meisten

Berufen ist für uns ein Kerinstück lebensnaher Bildungspolitik. Sie ist zugleich Grundlage für eine handwerkliche Fachausbildung. Facharbeiter und Handwerker jedoch sind eine entscheidende Säule einer hochentwickelten und leistungsfähigen Wirtschaft. Auf Ihrem Können und auf ihren Fähigkeiten beruht unser Wohlstand. In der Berufsschule und der betrieblichen Ausbildung werden diese Fähigkeiten erworben. Wir werden diese Ausbildung in Betrieb und Schule gegen alle Angriffe schützen und weiterentwickeln.

2. Wir werden die bestehende, reich gegliederte Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen garantieren und fortentwickeln. Wir werden dafür sorgen, daß die Hochschulen ihre Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium wieder ganz erfüllen können.

Die Hochschulen des Landes werden wir von den bürokratischen Zwängen der jüngsten Gesetzgebung befreien. Die Selbstverwaltung der Universitäten werden wir nach den Grundsätzen der Funktionsgerechtigkeit und des Sachverständes neu gestalten. Dabei sind für uns die Prinzipien der Freiheit von Wissenschaft und Forschung und der Funktionsfähigkeit der Hochschulen entscheidend. Mitbestimmung und Mitverantwortung müssen einander entsprechen.

Die Autonomie der Hochschulen werden wir vor ständigen Eingriffen der staatlichen Bürokratie schützen. Die Selbstverwaltung der Hochschulen darf nicht durch organisatorischen Zentralismus unterlaufen werden. Wir fördern und unterstützen die studentische Selbstverwaltung in dem Rahmen, der ihr durch die Aufgaben der Hochschule gezogen ist. Wir bejahren das hochschulpolitische Mandat der Studentenschaft.

Studienreform ist für uns eine dauernde Aufgabe. Wir werden die Bemühungen der Universitäten um eine Studienreform unterstützen, die Berücksichtigung späterer beruflicher Chancen während des Studiums fördern und damit

die Zukunftschancen unserer akademischen Jugend verbessern.

Wir werden die Förderung der Forschung an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu einem Schwerpunkt unserer Wissenschaftspolitik machen. Neben der Lehre muß die Forschung wieder gleichberechtigter Schwerpunkt der Arbeit an den Hochschulen werden. Gerade die Forschung an den Hochschulen ist unverzichtbar für unsere Fähigkeit, die Probleme von morgen zu bewältigen.

VI.

Wir wollen die Familie schützen und fördern.

Ehe und Familie stehen nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung unter dem besonderen Schutz des Staates. Wir bekennen uns nachdrücklich zu diesem Grundsatz unserer Verfassung.

Die Familie ist für uns das Fundament der menschlichen Gesellschaft. Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können sie ersetzen. Sie ist Lebens- und Erziehungsgemeinschaft. Sie ist der wichtigste Ort personaler Solidarität, individueller Geborgenheit und der Gemeinschaft der Generationen. In der Familie stehen die Menschen füreinander ein, – ohne daß die staatliche Ordnung ihre Solidarität vermittelt.

Familienfeindliche Ideologien und Gesetze, staatliche Eingriffe und Bevormundungen haben die Kraft der Familie geschwächt und bedrohen ihre Autorität als Institution. Die Familie ist vielfach notleidend geworden: Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ebenso wie als Folge staatlicher Eingriffe.

Wir werden unsere ganze politische Kraft dafür einsetzen, diese Entwicklung zu beenden. Eine Politik, die den

Zusammenhalt der Familie schwächt, ist auch dann nicht sozial, wenn sie sich so bezeichnet. Wer die Familie als Agentur des Staates und der Gesellschaft behandelt, zerstört sie als geborene, autonome Lebensgemeinschaft. Er gefährdet damit zugleich die Grundlagen einer freiheitlichen, auf der Verantwortung der Menschen und ihrer Familien gegründeten Gesellschaft.

1. Wir, die CDU in Nordrhein-Westfalen, werden zusammen mit der Bundespartei durch unsere Politik die Lebensfähigkeit der Familie in der modernen Industriegesellschaft sichern. Wir werden uns durch eine Reform des Familienrechts, des Familienlastenausgleichs, der Rentenversicherung dafür einsetzen, daß die Gemeinschaft aller die Leistung der Familie anerkennt, sich an den Lasten ihrer Aufgaben beteiligt und denjenigen solidarisch zur Seite steht, die Kinder haben und damit unser aller Zukunft sichern.

Wir werden die gesetzliche Voraussetzung dafür schaffen, jungen und kinderreichen Familien Darlehen zu gewähren und damit einen Beitrag zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen Probleme leisten.

Wir werden uns für einen familiengerechten Wohnungsbau einsetzen und darauf hinwirken, daß die Wohnumwelt den Bedürfnissen der Familie entspricht. Das Leben der Menschen darf nicht durch ihre Wohnumwelt beherrscht werden, sondern die Wohnumwelt muß nach den Bedürfnissen der Menschen, vor allem der Kinder, gestaltet werden.

Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, daß der Wohnungsbau für Familien verstärkt, Spielmöglichkeiten für Kinder verbessert und die Chancen nachbarlicher Zusammenarbeit und Unterstützung der Familien durch eigene Initiativen der Bürger und ihrer Einrichtungen gefördert werden. Gerade in der Familienpolitik gilt, daß der Staat erst dann selbst eingreifen soll, wenn die kleinere Gemeinschaft versagt.

Wir wollen wieder solide Finanzen in unserem Land.

Die Regierung in Düsseldorf hat unser Land an den Rand einer Finanzkrise gebracht, vielfach von unseren Bürgern noch unbemerkt. Unser Land hat sich in einem Ausmaß verschuldet, wie es in der bisherigen Geschichte ohne Beispiel ist. Der Grund für diese abnorme und ständig wachsende Verschuldung des Landes ist offensichtlich: Das Land NRW kann die ihm übertragenen und von ihm übernommenen Aufgaben nicht mit den Mitteln erfüllen, die ihm die Bürger zur Verfügung stellen.

So beträgt der Haushalt des Landes im Jahr 1980 51,2 Milliarden DM, die Verschuldung des Landes 32,6 Milliarden DM. Besonders übel dabei ist das Tempo der Verschuldung. 1978 betrug die Schuldenlast des Landes 17,3 Milliarden DM, 1979 steigt sie um 7,7 Milliarden oder um 44 1/2%. Im Jahre 1980 wird sie erneut um 7,6 Milliarden oder um 30% des dann angehäuften Schuldenberges steigen. **Bei Fortsetzung dieser unverantwortlichen Politik wird der Schuldenberg des Landes 1983 bereits die Höhe des Etats für 1980 erreicht haben!**

Der Haushalt des Landes ist die Politik der Regierung ausgedrückt in Zahlen. Die Politik von Herrn Posser und dieser Landesregierung hat daher, gemessen an ihrem Haushalt keine Zukunft. Wenn es nämlich so weitergeht – und eine Änderung ist nicht in Sicht – ist unser Land im Jahre 1985 nicht mehr politisch handlungsfähig – es sei denn, es kann sich durch Inflationsraten von seinen Schulden befreien, also die Bürger enteignen, die ihm Kredit gegeben haben. Wenn es so weitergeht, dann müßte der Staat wie ein Privatmann, wie jeder von uns den Weg zum Konkursrichter beschreiten. Der Konkurs des Staates ist Geldent-

Auf Bundesebene wird eine Landesregierung der CDU in Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, das familienpolitische Programm der Union zu verwirklichen: Die wirtschaftliche und soziale Benachteiligung der Hausfrau und Mutter zu beseitigen, die finanzielle Situation der Familie durch Neugestaltung des Familienlastenausgleichs zu verbessern und das Kindergeld zu dynamisieren.

In Nordrhein-Westfalen werden wir dafür Sorge tragen, daß schwangeren und alleinstehenden jungen Müttern schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. Keine Mutter darf in unserer Wohlstandsgesellschaft gezwungen sein, aus materiellen Gründen auf ihr Kind zu verzichten. Nirgends würde der soziale Auftrag unserer Verfassung und die Menschenwürdigkeit unserer Gesellschaft mehr bedroht als in solchen Fällen.

2. Nicht nur auf Bundesebene, auch in der Landespolitik tragen wir soziale Verantwortung für diejenigen Menschen, die wirklich Hilfe brauchen und denen keine mächtigen Organisationen zur Seite stehen. Diesem Auftrag fühlen wir uns in besonderer Weise verpflichtet.

Dies gilt vor allem für alte Menschen und für solche, die in besonderer Weise auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind. Der Ausbau der wirtschaftlichen Sicherheit für diese Mitbürger geht oft zu Lasten ihrer sozialen Geborgenheit. Anonymität und Einsamkeit sind die Folge.

Die Gesellschaft darf sich jedoch nicht mit der wirtschaftlichen Sicherung des Alters zufrieden geben. Alte Menschen haben auch Anspruch auf unsere persönliche Solidarität, auf Gemeinschaft und soziale Geborgenheit.

Wir werden deshalb alle Anstrengungen unterstützen, die diesem sozialen Auftrag gerecht werden wollen.

wertung, mit der er sich von seinen Schulden befreit, langsam durch Inflation oder schnell durch einen Währungsschnitt.

Durch eine solche Schuldenpolitik verheimlicht der Staat den Bürgern die wahren Kosten seiner Tätigkeit. Er erweckt Erwartungen und Wünsche, ohne den Preis für ihre Erfüllung zu nennen. Um kurzfristig noch höhere Leistungen, noch mehr Wachstum und noch mehr Arbeitsplätze bieten zu können, zerrüttet er die Finanzen. Nach den langfristigen Bedürfnissen, Interessen und Wünschen der Bürger und der Gemeinschaft wird immer weniger gefragt. Diese Politik ist ganz auf den Tag bezogen und verfälsdet die Zukunft zugunsten der Gegenwart. Eine solche Finanzpolitik ist in höchstem Maße unsozial – vor allem auch gegenüber den kommenden Generationen, die heute noch kein Stimmrecht haben.

Wir, die CDU Nordrhein-Westfalen, werden wieder solide haushalten und nach und nach den Schuldenberg abtragen. Wir werden wieder geordnete finanzielle Verhältnisse des Landes herbeiführen – und sind uns dabei aller Schwierigkeiten bewußt, die damit verbunden sind. Die Bürger dieses Landes haben es verdient, daß mit ihren Steuergeldern besser gewirtschaftet wird. Affären wie z. B. beim Bau des Aachener Klinikums sind unerträglich – und noch immer weist die Regierung bei diesem und anderen Skandalen jede Schuld von sich. Das allein ist schon wieder ein neuer Skandal.

Die CDU macht Schluß mit der Politik rücksichtsloser, jährlich steigender Neuverschuldung unseres Landes. Sie wird innerhalb der drei Jahre erreichen, daß bei der Finanzierung des Landeshaushalts neue Kreditaufnahmen an den Wachstumsraten der Bruttosozialprodukts orientiert werden.

Die CDU wird eine Finanz- und Haushaltspolitik der Solidität, des sorgsamen Umgangs mit dem Geld des Steuerzahlers und der vorausschauenden Finanzplanung betreiben.

Wir werden dabei nur Leistung für den Bürger, nicht aber hemmende Bürokratie finanzieren. Dabei gehen wir grundsätzlich davon aus, daß neue öffentliche Aufgaben mit bestehendem Personal erledigt werden.

Wir werden die Aufgaben und Mittel des Staates wieder in Einklang bringen. Das aber heißt: Der Entgrenzung der staatlichen Tätigkeit muß Einhalt geboten werden. Aufgaben, die der Staat nicht unbedingt lösen muß, Verantwortungen, die auch dem Bürger oder der kleineren Gemeinschaft zumutbar sind, müssen abgebaut werden. Neue Leistungen sind nur vertretbar, wenn sie aus freigewordenen Mitteln finanziert werden. Ihre Begründung setzt den gleichzeitigen Abbau anderer, weniger dringlicher Leistungen des Staates voraus. Kennzeichen der neuen Haushaltspolitik muß die Umschichtung, die Veränderung von Prioritäten sein, nicht ihre Addition und Vermehrung.

Die zukünftige Entwicklung muß bestimmt sein von der Aufgabenteilung zwischen der Gemeinschaft und dem einzelnen. Sie muß Anreize entwickeln, die nicht das Abladen von Verantwortung, sondern die Übernahme von Verantwortung des einzelnen belohnt. So werden wir wieder ein Gleichgewicht herstellen von Recht und Verantwortung im Verhältnis von Staat und Bürger.

Herausgeber: CDU NRW, Haroldstraße 16, 4000 Düsseldorf 1